



Medienmitteilung

Zürich, 8. April 2021

Beschlüsse der Kommissionen

WAK: Zürich soll eine Stelle für die Bienenförderung erhalten

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von Barbara Franzen (FDP, Niederweningen) betreffend Förderung der Bienenbestände im Kanton Zürich als erledigt abzuschreiben ([5678](#)). Mit dem Vorstoss wurde der Regierungsrat eingeladen aufzuzeigen, wie im Kanton Zürich die Bienenbestände gefördert werden können. Im Bienenkonzept des Amtes für Landschaft und Natur (ALN) der Baudirektion vom Juli 2020 wird als oberste Priorität empfohlen, die Stelle einer bzw. eines kantonalen Bienenbeauftragten zu schaffen, wie sie auch andere Kantone kennen. Als kantonale Anlaufstelle für die Bienenförderung bildet die Stelle den Dreh- und Angelpunkt von Projekten, welche die Bienenförderung betreffen, und initiiert und koordiniert entsprechende Massnahmen. Ein wichtiger Teil dieser Aufgabe, die für drei Jahre auf Mandatsbasis einem externen Fachgremium übertragen werden soll, besteht zudem darin, die Gebiete mit dem grössten Potenzial für die Wildbienenförderung im Kanton zu eruieren.

WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

KBIK: Gesetzliche Grundlagen für politisch neutrale Lehrmittel genügen

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat mit 9:6 Stimmen, die parlamentarische Initiative von FDP-Kantonsrätin Bettina Balmer, «Politische Neutralität bei Lehrmitteln für die Volksschule» ([KR-Nr. 287/2018](#)), abzulehnen. Mit den Bestimmungen in der Kantonsverfassung und im Bildungsgesetz wird vorgeschrieben, dass sich die Schulen insgesamt politisch und konfessionell neutral auszurichten haben. Das Gesetz über den Lehrmittelverlag enthält bereits Vorgaben zur Qualität, wozu auch die politische Neutralität eines Lehrmittels gehört. Die Kommissionsmehrheit erachtet daher eine Ergänzung als unnötig. Eine Minderheit aus FDP und SVP will an den Forderungen der PI festhalten.

KBIK-Präsident: Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36

KBIK: Gesetzliche Grundlagen für politisch neutrales Bildungswesen genügen

Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) beantragt dem Kantonsrat mit 13:2 Stimmen, die parlamentarische Initiative von FDP-Kantonsrat Marc Bourgeois, «Politisch und konfessionell neutrales öffentliches Bildungswesen, neutrale Lehrmittel und ausgewogene unterrichtsergänzende Angebote» ([KR-Nr. 288/2018](#)), abzulehnen. Verlangt werden mehrere gesetzliche Erweiterungen und Präzisierungen. Für die KBIK sind sowohl die Vorgaben wie auch die Verantwortlichkeiten für die Erarbeitung der kantonalen Lehrmittel gesetzlich klar festgeschrieben. Das gilt auch für die Lehrpersonen bezüglich der Wahl ihrer Lehrmittel und der Vermittlung eines politisch ausgewogenen Lehrinhalts. Nachdem bei diesem sensiblen Thema keine Häufung von Beschwerden der Eltern festzustellen ist, was ein zuverlässiger



Indikator wäre, besteht nach Ansicht der KBIK kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf.
Eine FDP-Minderheit hält weiterhin an den Forderungen der parlamentarischen Initiative fest.

KBIK-Präsident: Christoph Ziegler (GLP, Elgg), 079 769 34 36

Auf dem vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.